

„Der sozialpolitische Konsens wird aufgekündigt.“

- Die Steuerungstechniken des aktivierenden Sozialstaats und die Durchsetzung sozialer Rechte

Helga Spindler

I Die verschiedenen Ebenen der neuen Steuerung des Sozialen.

Mit der Hartz Gesetzgebung hat sich viel verändert. Es ist nicht nur die Arbeitslosenhilfe und unauffällig gleich noch die bisherige Sozialhilfe abgeschafft worden. Verbunden mit dieser Wandlung sind neue Steuerungstechniken, die ebenfalls unauffällig vordringen und den bisherigen Sozialstaat grundlegend verändern sollen.

Ich habe bereits 2005 versucht vier Ebenen der neuen Steuerung des Sozialen abzugrenzen (1) und möchte mich darauf an verschiedenen Stellen beziehen: Es ändert sich nämlich so vieles gleichzeitig, dass es nicht einfach ist, den Überblick zu behalten oder zu bestimmen, wo man gegensteuern möchte oder muss.

Diese Ebenen umfassen:

- 1.) Eine neue Selbststeuerung des Individuums durch Verkürzen sozialer Geldleistungen, schlicht durch die Drohung mit Verelendung.
- 2.) Eine neue Außensteuerung des Individuums durch Abbau von Rechten gegenüber der Behörde, Abbau von verlässlichen Ansprüchen auf Existenzsicherung, vor allem aber auch von Gestaltungsrechten, und Aufbau einer behördlich überwachten Kontrolle der Lebensführung.
- 3.) Eine neue Steuerung der sozialen Dienstleister durch zu enge Vorgaben, fragwürdige Wettbewerbsregeln und falsche Erfolgskriterien
- 4.) Eine neue Steuerung des Arbeitslebens durch ständige Unsicherheiten und entgrenzte Verfügbarkeit in prekären Arbeitsverhältnissen aller Art bis hin zu öffentlichen Arbeitsdiensten.

Letztlich begründen sich die Veränderungen auf den ersten drei Ebenen (im sozialen Leistungsbereich) darin, die notwendige Haltungsänderung und Umerziehung auf der vierten Ebene zu erreichen, die man auch „Flexibilität“ oder „Deregulierung“ nennt. Erschaffen werden soll der sich ständig selbst auf seine Verwertung ausrichtenden Arbeitsnomade. Soziale und gar Arbeitsrechte, der Wunsch nach Mitgestaltung der Arbeitsbedingungen und kalkulierbaren Lebensverhältnissen für den Einzelnen, sind in diesem System eher störend. Aber wie kommt es , dass das, nachdem wir so lange mit einer Orientierung auf einen sozialen Rechtsstaat sozialisiert worden sind, so selbstverständlich auf breiter Front verwirklicht und auch hingenommen wird und so wenig Gegenstand politischer und theoretische Auseinandersetzungen ist ?

Gerne wird das Argument gebracht, der soziale Rechtsstaat sei nicht mehr zu finanzieren gewesen. Aber gerade das erweist es sich als das am wenigsten überzeugende Argument , denn viele wichtige Einzelleistungen wie Hilfe zum Lebensunterhalt waren überhaupt nicht so „teuer“. Es wird vor allem dadurch widerlegt, dass die jetzt eingeführten alternativen Praktiken mindestens genauso „teuer“ sind. Denn stattdessen werden die Dienstleistungen in den Vordergrund gestellt, die diese „gestrauchelten“ Gesellschaftsmitglieder jeweils phasenweise an die Anforderungen anpassen sollen. Und die sind genauso teuer, wenn nicht teurer, vor allem wenn man die chaotische organisatorische Umgestaltung betrachtet (hin zu

den Arbeitsgemeinschaften und jetzt nach der Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts womöglich wieder zurück), die teuren Unternehmensberater (Mc Kinsey, Roland Berger und Accenture bekamen Großaufträge) und die teure IT - Ausstattung mit hinzuzählt. Nennenswerte Einsparungen sind deshalb bisher trotz einer verstärkten Sanktions- und Abschreckungspraxis nicht erreicht worden. Die Gelder wurden nur umgeschichtet vom Individualanspruch zu Dienstleistern und Kontrolleuren. Das nennt sich dann „vorsorgender Sozialstaat“ oder „Befähigungsgerechtigkeit statt Verteilungsgerechtigkeit“

II Der Wertewandel oder: Wer hat Angst vor dem kleinen Mann ?

Bevor ich auf einzelne Ebenen der Reform zu sprechen komme, erscheint es mir wichtig, sich zu verständigen, von welchem Ausgangspunkt aus man diese Entwicklung erfassen und kritisieren will. Es ist nicht nur die schlichte Ökonomisierung, die mehr Einfluss gewinnt, oder die Wirtschaftsordnung, die sich nicht grundsätzlich geändert hat, sondern nur durch neue Akteure ihre hässlichere Seite betont. Das alles ließe sich mit den bisher bekannten Instrumenten, Institutionen und Sozialleistungen angehen oder mittels Kampagnen, Appellen Gesetzgebungsinitiativen etc. beeinflussen.

Das Problem ist, dass versucht wird, das Denken fundamental zu ändern, dass der sozialpolitische Konsens aufgekündigt, ehemalige Werte in ihr Gegenteil verkehrt werden, dass eine recht aggressive geistige Umerziehung begleitend stattfindet, und wer sich darauf einlässt, der landet auf einer Rutschbahn, auf einer schiefen Ebene im Denken (einer auch „ethisch abschüssigen Bahn“ [Soltauer Impulse]), auf der man sich mangels Orientierungspunkten nicht mehr halten kann - oder nur noch mit so großem Kraftaufwand, dass man dem kaum mehr Widerstand entgegensetzen kann. Wenn man es nicht schafft, diesen Denkmodellen entgegenzutreten, kann man dieser Entwicklung nur noch hilflos oder resigniert zusehen oder wird Mitspieler im neuen Mainstream.

Es geht dieser neuen Denkrichtung gar nicht schlicht um neoliberale Zerstörung von Solidarität, sozialer Gerechtigkeit und sozialen Hilfen, sondern sie definiert sie einfach um, entwindet sie dem bisherigen Verständnis und macht sich bisherige Instrumentarien und Methoden nutzbar. Soziale Ziele und Forderungen werden in einer atemberaubenden Geschwindigkeit neu definiert, ihrer bisherigen ethischen Inhalte entkleidet und neuen Modellen aufgeklebt - bis etwa zur Vergewaltigung des Begriffs „Grundsicherung“ in der neueren Gesetzgebung. Kalkulierbare Rechte für die schwächeren Gesellschaftsmitglieder gelten neuerdings nicht nur als unproduktiv oder ineffizient, nein auch als ethisch abzulehnen, sogar menschenunwürdig.

Und dass ein Club von Unternehmensberatern und Vorständen großer Dax- Unternehmen zusammen mit einigen desorientierten Gewerkschaftern und Sozialdemokraten – genannt Hartz- Kommission - ohne nennenswerten Widerstand etablierter sozialer Verbände und Institutionen so etwas wie die größte Sozialreform aller Zeiten vom Zaun brechen durfte, die einen deutlichen Appell an die Zivilgesellschaft und das Gemeinwesen enthielt, auch das gehört dazu. Hinter allen diesen Phänomenen stand und steht nicht die offen angestrebte Entsolidarisierung, sondern eine neue, ganz rigide Form gesellschaftlicher Einbindung und gesellschaftlicher Mobilisierung. Deshalb ist die Auseinandersetzung mit dem gesellschaftlichen Denken, das diese gesamte Reformdebatte durchzieht, so notwendig.

Die Botschaft, die sich mit Hartz IV bzw. dem SGB II durchgesetzt hat, lautet: Wenn wir den Menschen schon keine ausreichend bezahlte Arbeit und verlässliche berufliche Perspektive mehr bieten können, dann müssen wir sie doch wenigstens dazu bringen, flexibel

und einsatzbereit zu bleiben und der Gesellschaft nützlich zu sein, notwendige Dienste in einem öffentlichen Arbeitsdienst zu verrichten und dabei ihre Beschäftigungsfähigkeit zu trainieren. Und damit das effizient ist, ordnen wir sie im Rahmen eines Profilinges ständig nach Resterwerbsfähigkeit, Marktnähe und Arbeitswilligkeit den Kategorien A-D, Marktkunde, Betreuungskunde und Beratungskunde zu. Dabei müssen wir sie durch Meldepflichten am Laufen halten, durch Eingliederungsvereinbarungen beständig an Pflichten erinnern oder sie selbst in unsinnigen Trainingsmaßnahmen/ Ein Euro Jobs kontrollieren und überwachen. „Intelligenter Freizeitentzug“ nennt letzteres Herr Alt von der BA im Kreis von Wirtschaftsunioren ganz neckisch. Es gibt da schon einen anschaulichen Roman, der dieses Zerrbild sozialer Betreuung eindrucksvoll schildert: die „Schule der Arbeitslosen“ von Joachim Zelter (2).

Was sich da nicht nur in Deutschland, sondern deutlich auch im umliegenden Europa entwickelt, ist schon noch ein Fürsorgestaat, aber eben ein autoritärer Fürsorgestaat mit einer sozialtechnokratischen Grundstruktur. Entwickelt hat sich das meiner Beobachtung nach in einem gemeinsamen Modernisierungsdiskurs, der über eine Beratungspraxis im Hintergrund koordiniert wird und sich die Herausbildung neuer Eliten in unserem Land zum Ziel gesetzt hat –gleichermaßen in Wirtschaft, Politik und Verwaltung.

Dazu ein Beispiel:

Die in der Beeinflussung der neuen Eliten sehr engagierte Bertelsmann -Stiftung musste im letzten Jahr noch von einer großen Differenz zwischen Politikern und Bevölkerung berichten, was das Verständnis von sozialer Gerechtigkeit angeht. So hielten z.B. 60 % einer Auswahl deutscher Parlamentarier, die Bertelsmann und Allensbach für repräsentativ halten, die Verteilung von Einkommen und Vermögen in Deutschland für gerecht, aber nur 28 % der befragten Bevölkerung. 56 % der Bevölkerung hielten sie dagegen für ungerecht. Der Projektleiter Robert Vehrkamp hat dafür eine interessante Erklärung „Politiker haben sehr moderne Vorstellungen von sozialer Gerechtigkeit“. Diese seien den Bedingungen einer globalisierten Welt angepasst. „Ein Grossteil der Bevölkerung jedoch hält dagegen weiterhin an der Verteilungsgerechtigkeit durch staatliche Sozialtransfers fest.“ bedauert er. Und ein Carsten Schneider, ein junger Abgeordneter der SPD pflichtet ihm bei: „Wir sind den Menschen in ihren Auffassungen sicher ein Stück voraus“ (3)

Wer ist hier „Wir“? Karl Rudolf Korte, Leiter der Forschungsgruppe Regieren der „NRW School of Governance“ in Duisburg verlangt bei der Tagung „Führung in Politik und Wirtschaft“ (2006), neue Steuerungsfähigkeiten der Spitzenakteure in Politik und Wirtschaft. Erwartet werde von ihnen eine rigorose Entscheidungsfindung und Durchsetzung und nicht Konfliktmoderation. Führungskräfte müssten heute zunehmend Mehrheiten für unpopuläre Reformen organisieren.

Und so leben große Beratergruppen von den Empfehlungen für neue Steuerungstechniken. Leadership ist angesagt. Und vor allem: Mut ! So lobte etwa Kurt Biedenkopf die Hartz-Reform schon im Januar 2005 (zwei Wochen nach der Einführung) als Erfolg, der ihm zeige, „dass Widerstände organisierter Besitzstände weit weniger gefährlich sind , als es den Anschein hatte....Wenn die Leute nur geführt und überzeugt werden, dann akzeptieren sie die Veränderung und richten sich ein.“(4) „Gefährliche organisierte Besitzstände“ das waren in diesem Fall : Arbeitslosenhilfebezieher, Gewerkschaften, Arbeitnehmer, Arme, das sind in anderen Zusammenhängen: Kranke, Ärzte Pflegekräfte, Sozialarbeiter, Wohlfahrtsverbände usw. . Die Wendung des Ökonomen Mancur Olson von der „institutionellen Sklerose“, die durch die ungehemmte Klientelpolitik der politischen Klasse hervorgerufen wird, wird plötzlich ganz einseitig auf eine vorgebliche Klientelpolitik des Sozialstaats zugunsten von Armen, Arbeitslosen und Arbeitnehmern bezogen.

Und im Kampf dagegen fühlt sich keine Gruppe im Moment so unverstanden wie unsere selbstverständlich über allen Interessen agierenden - führenden ökonomischen Berater. Die FAZ lässt in der Reihe „Erklär mir die Welt“ (5) Herrn Straubhaar vom Hamburgischen Welt Wirtschaftsinstitut erläutern „Warum die Menschen keine Reformen mögen“ : „Weil sie lieber im alten Trott verharren und irrational am Status quo festhalten, Veränderungsängste und Trennungsschmerz haben. Sie lieben die Gegenwart und wollen nicht für ein besseres Morgen verzichten. Deshalb wird in der Politik nur dann eine Veränderung eintreten, wenn sich für die Parteien und ihre Politiker politischer Heldenmut lohnt.“ Die von der Initiative soziale Marktwirtschaft in paradiesischen Farben gemalten Auswirkungen einer Wirtschaftsreform „nach amerikanischem Modell“, in dem eine erhebliche Steigerung des Bruttoinlandsprodukts versprochen wird - allerdings erst für das Jahr 2024 - seien für Politiker jetzt deshalb so schwer umzusetzen, weil sich die Vor- und Nachteile nicht gleichmäßig über die Bevölkerung verteilen würden. „Gegen die Kurzsichtigkeit partikularer Interessengruppen eine Politik der Langfristigkeit durchzusetzen ist nichts für schwache Politiker, sondern für starke politische Führungskräfte.“ Es bedürfe „charismatischer Persönlichkeiten“, die bereit seien, erst in der langen Frist wirkende Maßnahmen auf den Weg zu bringen. Mit charismatisch meint er, „den Mut Reformen ohne Angst vor Konflikten standfest gegen alle noch so lauten Proteste zu einem erfolgreichen Ende zu führen.“

Ich hoffe, es wird inzwischen deutlich, warum im Moment alle Forderungen nach verbesserten sozialen Rechten, wenigstens existenzsichernden Geldleistungen oder Löhnen und verbesserten sozialen Hilfen so auf Granit stoßen: der auf Mut konditionierte Politiker erkennt in den Befürwortern genau die gefährlichen Interessen- und Lobbygruppen, vor denen ihn seine ökonomischen Berater seit Jahren warnen, wenn er Deutschland langfristig aus der Misere führen will. Und wer die zunehmende Verelendung und die unzureichenden Hilfen im Vergleich zu früher kritisiert, der belegt doch nur seine „Veränderungsängste“ und den „Trennungsschmerz“. Als mutig gilt heute, wer sich mit den Interessengruppen anlegt, die als kleine Leute zwar individuell nicht mächtig sind, aber wegen ihrer großen Zahl in der Demokratie ein Übergewicht bekommen können und deshalb gefährlich sind.

Und mit dieser Umwertung der Werte geht es dann in den verschiedenen geisteswissenschaftlichen Disziplinen weiter: Das führt z.B. in der Diskussion über den aktivierenden Sozialstaat zur Neubewertung existenzsichernder sozialer Geldleistungen und dem Rechtsanspruch darauf, auf den wir früher sozialpolitisch stolz waren. Sie werden zu „passiven Leistungen“, „passiver Alimentierung“, „alimentierter Untätigkeit“. „Alimentieren“ ist ein begrifflicher Rückbezug auf eine vormoderne Versorgung mit Lebensmitteln. Die Kombination mit den Begriffen „passiv“ und „Untätigkeit“ soll ausdrücken, dass diese Form der Unterstützung bei den Betroffenen Eigenverantwortung lähmt, Untätigkeit belohnt, manche gehen noch weiter und meinen sie würde „sedieren“, ja geradezu „entwürdigen“. In diese Richtung gehen Wendungen wie „Abhängigkeit vom staatlichen Geldtropf“, „bloßes Verwahren in Armut“, „ein besonders perfides System von Ausgrenzung“. Kölner Vordenker wie Arnd Schwendy sprachen sogar von einer „Verführung Minderjähriger zum staatlich subventionierten Nichtstun“ und in Anlehnung an Basaglia vom weißen Gift der Psychopharmaka und der schwarzen Milch der Wohlfahrtshilfe. (6) Ich will gar nicht leugnen, dass manche Sozialleistung auch zu einer gewissen Passivität und sozialpolitischen Gleichgültigkeit geführt hat, aber dieses in der Missbrauchsdiskussion immer wieder überzeichnete Phänomen dient heute dazu, das ganze System und seine Wertebasis zu diskreditieren.

III Das sinkende Existenzminimum

Mit der Gesundheitsreform und der Regelsatzreform 2004, vielen individuellen Kürzungen bei Regelsatz und Unterkunftskosten und der seit einigen Jahren nicht mehr berücksichtigten Inflation wird die finanzielle Schraube bei Millionen Leistungsbeziehern und aufstockenden Niedrigverdienern seit 2003 Monat für Monat ganz langsam enger gedreht, was zu der ersten Ebene der neuen Steuerung des Sozialen gehört.

Und diese zunehmende Armut von Familien und Rentnern wird nicht etwa schamhaft verschwiegen, sondern von politischen Akteuren ganz freimütig angesprochen, von den wohlfeilen Klagen über die Armut der unschuldigen Kinder einmal ganz abgesehen. Dem könnten sie ja leicht abhelfen. Aber während früher das Renten- und das Sozialhilfeniveau angehoben wurden, um diese Folge abzumildern, und heute existenzsichernde Mindestlöhne eingeführt werden könnten, wird dieses in einer großen Koalition geschaffene Niveau überhaupt nicht mehr in Frage gestellt und soll mitnichten mehr geändert werden.

Warum? Weil dadurch die neue Selbststeuerung erreicht werden soll.

Die Absenkung des Existenzminimums bewusst unter die notwendigen Lebenshaltungskosten der Sozialhilfe, wie von den ökonomischen Beratern schon lange gefordert, hat dabei noch nicht einmal den Zweck nennenswerte Einsparungen zu erzielen, was wegen des geringen Gesamtaufwands und der teuren Kontrollinstrumente nicht möglich ist, sondern wird sozusagen als Kollateralschaden in Kauf genommen, um die Selbsthilfekräfte zu stimulieren. Die typischen Instrumentarien aus der Sorge vor unkontrollierbarem Abwehrverhalten, das in der Ablehnung zu niedrig bezahlter Arbeit wegen zu hoher Sozialleistungen befürchtet wird, führen geradezu im Selbstlauf in die Verelendung, was zwar noch bedauert wird, aber im Gegensatz zu früher - positiv bewertet wird (7). Die herrschenden Moral-Hazard Theorien aus der Versicherungswirtschaft, die immer unverblümt die Gesundheits- und die Arbeitsmarktpolitik entern, liefern das Denkgerüst dafür. Und deshalb hat auch keiner ein schlechtes Gewissen dabei. Im Gegenteil: sagen denn nicht alle Untersuchungen seit Marienthal (8), dass Arbeitslose sowieso unter fehlender Tagesstrukturierung leiden und eine Aufgabe suchen, dass sie unter der Belastung überproportional an Krankheiten, besonders psychischen Krankheiten leiden? Da kann man mit mehr Geld sowieso nicht helfen, sondern nur mit Beschäftigungs- Motivations- und Kontrollprogrammen.

Die Gegenstrategien dazu liegen aber nach wie vor im Recht auf ein bedarfsdeckendes Existenzminimum, in der Festanstellung von Arbeitskräften für notwendige öffentliche und soziale Aufgaben und in der Festlegung eines entsprechenden Mindestlohns - was alles in Deutschland durch „mutige“ Menschen inbrünstig bekämpft wird. Nicht nur Herr Clement und Herr Gerster legen sich hier ins Zeug, um ihr Lebenswerk zu retten. Auch Professor Sinn gibt alles: Einer der „dümmsten Sprüche des Jahres“ ist nach seiner Meinung: „Jeder muss von seiner Hände Arbeit leben können.....Aber die Einschätzung der Fachleute zählt in Deutschland nicht mehr.....Verblendet und aufgestachelt von Politikern, die hemmungslos die Klaviatur der Neidgefühle spielen und selbst die einfachsten ökonomischen Zusammenhänge leugnen, will das Volk nun den Mindestlohn“.(9)

IV Die Umorientierung der Dienstleister

Etwas unspektakulärer aber nicht weniger grundsätzlich laufen die Änderungen auf den anderen Ebenen ab: der Neugestaltung der Rechte und im Bereich sozialer Dienstleistung. Denn dieser neue Staat hat ja den Anspruch, nicht nur schnöde zu fordern, nein auch zu „fördern“ und statt Existenzminimum mithilfe gezielter Dienstleistungen Chancen und Befähigung zu bieten. Und weil er mutig und modern ist, legt er Wert darauf, diese

Dienstleistungen effizient zu steuern und das funktioniert leider nur mit zunehmender individueller Entrechtung und vor allem durch Neuausrichtung der Dienstleister, was mit der dritten Ebene (siehe oben) angesprochen ist.

Denn diese müssen, zumal wenn sie ihre Arbeit im letztlich nicht kontrollierbaren Raum zwischenmenschlicher Beziehung erbringen, ergebnisorientiert funktionieren. Nicht nur, dass sie die Betroffenen ermuntern könnten, sich Veränderungen zu widersetzen, nein die Dienstleister haben ja auch immer ein ökonomisches Eigeninteresse, ihre Angebote auszuweiten. Deshalb läuft auf dieser Ebene ein Art Zweifrontenumrüstung; finanziell und in der fachlichen Ausrichtung :

Das Finanzielle erfolgt über einen inszenierten Wettbewerb, durch Ausschreibungen und Vergabepraktiken, der durch den monopolistisch agierenden Staat aber von Anfang an verzerrt ist. Mit einseitig behördenorientierten Leistungsbeschreibungen und Erfolgskriterien, detaillierten Berichtspflichten und einem gnadenlosen Preiswettbewerb für soziale Dienstleister, die so weit wie möglich von regulären Arbeitsbedingungen, Einsatz von Fachpersonal etc. Abstand zu nehmen sollen, wird deren Selbstbestimmung unterhöhlt. Das führt zur Absenkung von Gehältern und Fachlichkeit und zu dem beklagten Kontakt im Minutentakt.

In der fachlichen Ausrichtung steht die Zielorientierung und im SGB II Erforderlichkeit zur Arbeitseinmündung bei allen Dienstleistungen im Vordergrund. Das könnte durchaus etwas Positives haben: der Blick auf die berufliche und persönliche Entwicklung des Klienten und das Einfordern von Mitwirkung an einer Erarbeitung von Perspektiven statt unverbindlicher Dauerakzeptanz auswegloser Lebensentwürfe, -das ist nicht falsch.

Diese Entwicklung wird allerdings durch eine andere weit überschattet: Nicht mehr gefragt ist die emanzipatorische Seite, das klassische Berufsethos der Helferberufe, das Menschenbild, das bei aller Einsicht in die begrenzten Finanzierungsmöglichkeiten öffentlicher Hilfen, das einzelne Individuum akzeptiert und ihm hilft sich zu entfalten. Dazu gehört sowohl den Einzelnen zu befähigen, sich mit den gesellschaftlichen Anforderungen auseinander zu setzen und sie aufgrund eigener Entscheidung in sein Lebenskonzept zu integrieren, als auch ihn vor Übervorteilungen, ungerechtfertigten Eingriffen zu schützen und bei der Durchsetzung berechtigter Ansprüche zu unterstützen. Aber bei anwaltschaftlichem Verhalten, Ermunterung und Unterstützung besteht ja gerade die Gefahr, rückwärtsgewandtes Sicherheitsstreben zu verfestigen und das kurzfristig denkende Individuum nicht anzupassen. Früher hätte man das abschätzig als Handlangertum bezeichnet, heute wird das im wohlverstandenen Interesse ganz offen angestrebt. Die Zahl der Anleitungen für Sozialarbeit mit nichtmotivierten oder unter Sanktionsandrohung zugewiesenen Klienten nimmt zu.

Bezüglich ganzheitlicherer Angebote der Eingliederungshilfe für Behinderte, macht sich außerdem die Tendenz breit, die Finanzierung umfassender Hilfen z.B. einer Tagesstätte für rückfallgefährdete langjährige Alkoholabhängige zugunsten reiner Hilfen zu Arbeit einzustellen. In Sachsen Anhalt ist gerade ein solcher Prozess vorläufig gestoppt worden.(10)

So wird verkürzt die psychosoziale Technik gefragt, Profiling, Assessment, möglicherweise auch noch eine gewisse manipulative Fähigkeit. Und dafür werden durchaus großzügig Mittel bereit gestellt, wie z.B. für die Firma Kronos Network GmbH eines ehemaligen Mc Kinsey Mitarbeiters, der erst die Bundesagentur beraten und sich dann selbständig gemacht hat. Wegen seiner innovativen Ausrichtung konnte man bei ihm auf Ausschreibungen verzichten, weswegen der Auftrag über 4 Millionen Euro kürzlich dann doch etwas Schlagzeilen gemacht hat. Weniger konnte man über den fachlichen Ansatz des innovativen Dienstleisters lesen, nämlich mittels diverser, nicht näher beschriebener Techniken, ausschließlich qualifizierte Arbeitslose zu einer grundsätzlichen Haltungsänderung, zum Abbau innerer Barrieren zu bewegen, - und zwar 1. was berufsfremden Einsatz und 2. was den Ortswechsel angeht.

In der Firmenselbstdarstellung ist die Teilnahme angeblich freiwillig, in Internetforen, in denen sich Betroffenen melden, wird nur von Zwangszuweisungen berichtet, ohne dass ihnen die spezielle Ausrichtung dieser Firma auch nur erläutert wurde.

Und wer intimste persönliche Erkenntnisse über Arbeitslose aus psychologischen Testverfahren, Profiling oder Beratungsgesprächen an Behörden weiterleitet, verhält sich nicht viel besser. Günther Stahlmann (11) setzt sich eingehend mit den Problemen der neuen Techniken und dem Daten- und Persönlichkeitsschutz für die Bürger auseinander. Da sollen nach dem Konzept für beschäftigungsorientiertes Fallmanagement der BA nicht nur Daten zur Person und zur beruflichen Qualifikation und den Perspektiven erhoben werden, sondern auch zu Verhaltensauffälligkeiten, Zeichen mangelnder Anpassungsfähigkeit, zu Drogengebrauch und psychischen Erkrankungen, zu persönlichen Vorlieben und zum Freundeskreis, zu Frustrationstoleranz und Erfolgsorientierung. Sogar die „Bild“zeitung bezeichnete dies spontan als „Intimverhöre“. Neuerdings hat in Hamburg ein 790 000 Euro-Auftrag für eine Befragung Aufsehen erregt, mit dem Persönlichkeitsprofile von Arbeitslosen erstellt werden sollten anhand von Aussagen wie: „Ich esse gerne exotische Gerichte.“ „Arbeit bedeutet mir viel.“ „Mir ist es wichtig, dass Lebensmittel möglichst lange haltbar sind“ oder : Ich finde nichts Schlimmes dabei, wenn jemand versucht , seine Ziele auch mit Gewalt durchzusetzen.“ Der Geschäftsführer des beauftragten Unternehmens ist wie bei der Firma Kronos ein gelernter Ökonom.

Neuerdings werden in Modellprojekten private Leiharbeitsfirmen oder private Arbeitsvermittler z.T. schon in das behördliche Jobcenter integriert. Damit sie ungehindert walten können, sollen sie hoheitliche Kontrollaufgaben als Auftragnehmer ausführen und weitestgehende Gestaltungsspielräume erhalten. Dies erfolgt teilweise nach britischem Vorbild, was wieder mit Unterstützung eines Mitarbeiters von McKinsey implementiert wird. Diese Entwicklung zusammen mit der Entrechtung durch Gesetz machen die Lage für die Betroffenen immer prekärer.

V Die Entrechtung der Betroffenen

Wohl gibt es noch individuelle Rechte der Betroffenen, sonst wären gegenwärtig die Gerichte nicht so unsäglich überlastet. Aber angestrebt ist eine Steuerung (Ebene 2, s.o.), die auch wieder Schritt für Schritt immer weniger durch Recht erfolgt. Noch nicht einmal mehr die Verfahrensrechte auf Antragsannahme, Anhörung und transparente Entscheidungen funktionieren im Moment mehr. Und selbst verlorene Prozesse und Vollstreckungstitel der Betroffenen beeindrucken Behörden mancherorts nicht mehr. Es scheint fast, als hätte der alte Spontispruch: „Legal, illegal, s..owieso egal“ den Marsch in die Institutionen geschafft. Durch Umkehr der Beweislast, fehlende aufschiebende Wirkung von Widersprüchen wird die Durchsetzung nochmals erschwert. Gerade bei den Förderleistungen arbeitet das Gesetz mit breitem Ermessen und einer pseudo- konsensual verkleideten Eingliederungsvereinbarung, die meist einseitiger Pflichtenkatalog bleibt. Wer da seine Interessen berücksichtig haben will, braucht viel Geduld, ungebrochenes Selbstbewusstsein und viele Kenntnisse. Aus der Flut der Entscheidungen nur zwei Beispiele zu Umgang mit psychischer Erkrankung. Keinen wirklichen Erfolg hatte eine Antragstellerin beim LSG Berlin –Brandenburg (12), die sich weigerte sich wegen ihrer Erwerbsfähigkeit psychiatrisch untersuchen zu lassen, weil sie ihre Krankengeschichte nicht in der Akte haben wollte. Sie bekam nur symbolisch einen Euro Arbeitslosengeld II zugesprochen, damit wenigstens ihre ärztliche Behandlung über die Versicherung gedeckt blieb, weil selbst das die Sozialhilfe neuen Typs nicht übernehmen wollte. Erfolg beim Sozialgericht Braunschweig (13) hatte demgegenüber ein Antragsteller, der verpflichtet worden war, sich psychiatrisch behandeln zu lassen und dem nicht nachgekommen ist. Das Gericht sah hier einen unverhältnismäßigen Eingriff in das

Selbstbestimmungsrecht, weil das SGB II zwar viele Mitwirkungspflichten kennt, aber nicht den Zwang sich zur Herstellung seiner Erwerbsfähigkeit in psychiatrische Behandlung zu begeben.

Die Menschen setzen sich noch zur Wehr, aber wie lange noch angesichts der Zermürbung, der völlig überlasteten Gerichte und der geplanten Gerichtsgebühren ?

Sozialer Bürgerschutz , ja sogar Sozialanwälte sind notwendig, um die „Kundenposition“ von Arbeitslosen gegenüber Steuerungspraktiken von Verwaltung und Privaten, die „fürsorglich belagern“ und „Ungemütlichkeit organisieren“ sollen, überhaupt erst aufzubauen und um den Sozialtechniken von Trainern, Profilern und Assessmentcentern etwas entgegenzusetzen zu können. (14) Vertraulichkeit jeglicher Beratung muss gesichert sein.

Schweigepflichtentbindungen, wie aus der Hamburger Suchtberatung bekannt geworden sind, müssen unterbunden werden. Die missverständlichen Berichtspflichten im SGB II müssen verändert werden. Niedrigschwellige Hilfen für kranke Menschen müssen erhalten bleiben, damit es nicht zum schlichten Verhungern kommt, wie bei Andre K in Speyer.

Auch gegenüber pauschaler Zuweisung zu Leiharbeit und übermächtigen Beschäftigungsfirmen braucht man Unterstützung.

Mit allen den Maßnahmen der Hartz- Reform wurde den Menschen eine bessere Eingliederung in Arbeit, mehr Selbstbestimmung und ein besseres Leben versprochen.

Merkwürdig nur, was da an Meldungen aus der Arbeitswelt kommt: die Zahl der Krankmeldungen der Arbeitnehmer steigt , selbst bei Hochqualifizierten. Die Zahl der psychischen Erkrankungen steigt und ist inzwischen Hauptgrund für die Anerkennung von Erwerbsminderung . Und, - da werden zwar keine verlässlichen Daten geliefert, aber es lässt sich kaum vertuschen: der Krankenstand der Mitarbeiter in den Jobcentern ist sehr, sehr hoch - wie lange soll dieser Preis für aktivierende Reformen noch gezahlt werden ?

Anmerkungen

- (1) Spindler H. :Umbau des deutschen Sozialstaats durch neue Steuerungselemente und Hartz
- (2) Joachim Zelter: Schule der Arbeitslosen, Tübingen, Klöpfer & Meyer Verlag 2006
- (3) Sarah Lena Grahn: Verdrehte Welten in Berlin. Internet www.spiegel.de 20.12.2006
- (4) Interview in der „Welt“ vom 15.1.2005
- (5) Folge 59 vom 1.8.2007, www.faz-net.de
- (6) Nachweise bei Spindler H: Fördern und Fordern – Auswirkungen einer sozialpolitischen Strategie auf Bürgerrechte, Autonomie und Menschenwürde, in: Sozialer Fortschritt 2003, S. 296f. S.297
- (7) Dazu weiter: Spindler H.: Sozialarbeit und der Umgang mit Armut, in: Forum sozial 3/2007 S. 29- 32
- (8) Marie Jahoda u.a.: Die Arbeitslosen von Marienthal. Ein soziographischer Versuch über die Wirkungen langandauernder Arbeitslosigkeit (1933)
- (9) Süddeutsche Zeitung vom 28.12.2007
- (10) SG Halle, Beschluss vom 5.9.2006 – S 13 SO 66/06 ER, in: NDV –RD 2007, S. 41 f. und LSG Sachsen -Anhalt Beschluss vom 23.3. 2007 –L 8 B 41/06 SO ER- Rechtsdienst der Lebenshilfe 2007, Heft 3 S. 29 ,30
- (11) Stahlmann, G.: Sozialdatenschutz bei Eingliederung nach dem SGB II, in: info also 1/2006, S. 10f. und 2/2006 S. 61 ff.
- (12) Beschluss v. 29.11.2007- L 32 B 2023/07 AS ER
- (13) Beschluss v.11.9.2006 – S 21 AS 962/06 ER
- (14) Spindler H.: Aufgaben und Inhalte sozialer Beratung in Zeiten nach Hartz, in: Theorie und Praxis der Sozialen Arbeit 2/2007 S. 36- 42